

Vorlage Stadtparlament

Datum 17. Februar 2026
Beschluss Nr. 1253
Aktenplan 152.15.12 Stadtparlament: Interpellationen

Interpellation Sinah Eisenring: Was tut die Stadt St.Gallen angesichts der aktuellen Zuspitzung der Zahl von Femiziden und geschlechtsspezifischer Gewalt?; schriftlich

Sinah Eisenring sowie 32 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 25. November 2025 die beiliegende Interpellation «Was tut die Stadt St.Gallen angesichts der aktuellen Zuspitzung der Zahl von Femiziden und geschlechtsspezifischer Gewalt?» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

1 Ausgangslage

Im ersten Halbjahr 2025 wurden in der Schweiz 18 Frauen und Mädchen getötet. Angesichts dieser alarmierenden Situation forderte der Ausschuss zur Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (Bund, Kantone und Gemeinden), koordiniert durch das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG), entschlossenes und koordiniertes politisches Handeln. Er definierte dabei drei dringliche Massnahmen, namentlich in den Bereichen Prävention und Schutz von Gewaltbetroffenen:

- Entwicklung regionaler Lösungen zur Schliessung von Lücken bei Plätzen in Schutz- und Notunterkünften;
- Verstärkung der Gewaltprävention in Trennungsphasen durch Aus- und Weiterbildung von Fachpersonen und Etablierung von standardisierten Ansätzen;
- Einführung einer systematischen interinstitutionellen Analyse von Fällen von Femiziden.¹

Die Umsetzung der Istanbul-Konvention ist auch Schwerpunkt der kantonalen Koordinationsstelle gegen Häusliche Gewalt und Menschenhandel. Hierfür wird bis Mitte 2026 eine Bestandesaufnahme erstellt werden. Diese umfasst die Vielzahl bestehender Aktivitäten gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt systematisch und zeigt den weiteren Handlungsbedarf im Kanton St.Gallen auf. Auf dieser Grundlage entsteht in enger Zusammenarbeit mit den relevanten Akteurinnen und Akteuren ein

¹ Siehe Medienmitteilungen «[Femizide: Bund, Kantone und Gemeinden legen dringliche Massnahmen fest](#)» vom 26. Juni 2025 und «[Femizide: Massnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden konkretisieren sich](#)» vom 22. Oktober 2025. Für den Begriff «Femizid» existiert derzeit keine allgemein anerkannte Definition. Im Allgemeinen wird darunter die Tötung einer Frau aufgrund des Geschlechts verstanden.

Aktionsplan, der eine gezieltere und strategischere Umsetzung der Istanbul-Konvention im Kanton St.Gallen ermöglicht.²

Der Stadtrat hat sich zur vorliegenden Thematik schon verschiedentlich geäussert, so zuletzt mit der Beantwortung der Interpellation «Umsetzung der Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt in der Stadt St.Gallen» im Mai 2025.³

2 Beantwortung der Fragen

1. Welche neuen Massnahmen ergreift der Stadtrat, um gegen die aktuell sehr hohen Zahlen an Femiziden und Gewaltvorfällen vorzugehen?

Den Stadtrat machen die weiterhin sehr hohen Zahlen an Femiziden und Gewaltvorfällen gegenüber Frauen, insbesondere von Tötungsdelikten, sehr betroffen. Er nimmt dies sehr ernst und verfolgt dabei den Ansatz, bestehende wirksame Massnahmen gezielt zu vertiefen und dort auszubauen, wo sich aus fachlicher Sicht zusätzlicher Handlungsbedarf zeigt. Die Stadtpolizei St.Gallen unterstützt nationale Kampagnen wie «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» sowie die 2025 erstmals vom Bund lancierte Kampagne «Für Gleichstellung. Gegen Gewalt». Mit der eigenständigen Internetseite des Ressorts Gewaltschutz auf der städtischen Website wurde der Zugang zu Informationen und Kontaktmöglichkeiten bewusst vereinfacht. Sie ermöglicht es, Hinweise und Vorfälle niederschwellig, unkompliziert und ohne formelle Hürden zu melden. Gleichzeitig erhalten die Nutzenden verständliche Informationen zu möglichen Schutzmassnahmen, zum Vorgehen der Stadtpolizei sowie zu weiterführenden Unterstützungsangeboten. Auf Stadtgebiet zeigt sich, dass die Fallzahlen häuslicher Gewalt seit dem Jahr 2023 leicht rückläufig sind.⁴

2. Wie wird die Sensibilisierung und Ausbildung des Ressort Gewaltschutz der Stadtpolizei an die aktuelle Lage angepasst?

Die Sensibilisierung und Ausbildung im Ressort Gewaltschutz wird laufend überprüft und an aktuelle Entwicklungen, neue Erkenntnisse sowie veränderte Risikolagen angepasst. Die Mitarbeitenden absolvieren regelmässig diverse Aus- und Weiterbildungen in Themen der Gewaltprävention, Diskriminierung usw. So wurden in den letzten beiden Jahren unter anderem die Kurse «Bedrohungsmanagement», «Radikalisierung und Extremismus» sowie «Interkulturelle Kompetenz» vom Schweizerischen Polizeiinstitut absolviert. Ebenfalls schloss der Leiter des Gewaltschutzes den CAS forensisches Bedrohungsmanagement und den CAS Kriminologie, Forensik und Recht an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) ab. Geplante Weiterbildungen sind der Kurs Diskriminierung und Hate Crime sowie der CAS Intervention im Zwangskontext.

² Siehe Medienmitteilung «[Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt im Kanton St.Gallen](#)» vom 11. September 2025.

³ Vorlage Stadtparlament [Nr.413](#) vom 6. Mai 2025. Siehe auch die [Vorlage Stadtparlament Nr. 665](#) vom 29. Juni 2021 zur Einfachen Anfrage «Zunahme häusliche Gewalt auch in der Stadt St.Gallen» sowie die [Antwort der Regierung](#) vom 17. September 2025 auf die dringliche Interpellation «Rekordzahlen bei den Femiziden: Wie gut schützt der Kanton St.Gallen Frauen vor häuslicher und sexueller Gewalt?».

⁴ 2023 (267), 2024 (263), 2025 (257)

3. *In der Interpellation aus dem Februar wurde auf die Zusammenarbeit mit schweizerischen und lokalen Fachstellen hingewiesen. Was wurde hier neu ausgearbeitet? Wir werden die neu festgelegten dringenden Massnahmen des EBG umgesetzt?*

Der Informationsaustausch wurde dort optimiert, wo er für den Schutz der betroffenen Personen rechtlich zulässig und fachlich notwendig ist. Allgemein ist zu erwähnen, dass die Zusammenarbeit unter den Fachstellen sehr gut läuft. Zu den drei dringenden Massnahmen vom Juni 2025 zur Istanbul-Konvention ist Folgendes festzuhalten:

- Entwicklung regionaler Lösungen zur Schliessung von Lücken bei Plätzen in Schutz- und Notunterkünften: Infolge Um- und Ausbauarbeiten verfügt das Frauenhaus St.Gallen seit Mai 2025 über mehr Plätze.
- Verstärkung der Gewaltprävention in Trennungsphasen durch Aus- und Weiterbildung von Fachpersonen und Etablierung von standardisierten Ansätzen: Durch die Förderung früher Interventionen, der konsequenten Nutzung bestehender Schutzinstrumente sowie der standardisierten Risikoeinschätzung sollen kritische Lebensphasen frühzeitig erkannt und geeignete Interventionen eingeleitet werden.
- Einführung einer systematischen interinstitutionellen Analyse von Fällen von Femiziden: Die Umsetzung dieser Massnahme wird aktuell auf nationaler Ebene erörtert.

4. *Verfügen die Beratungs- und Hilfsangebote in der Stadt St.Gallen (Opfer-, Soforthilfe, oder das Frauenhaus) in der momentanen Situation über genügend finanzielle und personelle Ressourcen?*

Die Opferhilfe SG-AR-AI ist ein gemeinsames Angebot der Kantone St.Gallen, Appenzell Ausserrrhoden und Appenzell Innerrhoden. Die Trägerschaft ist die Stiftung Opferhilfe, in deren Stiftungsrat die drei Kantone vertreten sind. Die Opferhilfe finanziert sich über eine Mischung aus öffentlichen Mitteln und Spenden. Die Kantone sind für die Finanzierung und Aufsicht der Opferhilfe zuständig.⁴ Die Soforthilfe nach sexualisierter Gewalt ist ein Fachbereich der Rechtsmedizin am HOCH Health Ostschweiz.⁵ Das Frauenhaus (Stiftung) wird durch Beiträge von Kantonen sowie durch die Leistungen der Opferhilfe und der Sozialhilfe finanziert. Es verfügt über Leistungsvereinbarungen mit den Kantonen St.Gallen, Appenzell Ausserrrhoden, Appenzell Innerrhoden und Glarus. Weiter finanziert sich das Frauenhaus mit Spenden.⁶ Betreffend Opferhilfe und Frauenhaus hat sich die St.Galler Regierung im September 2025 wie folgt geäussert: «Bereits im Budget 2026 eingestellt sind die für die zentrale Opferhilfenummer nötigen zusätzlichen finanziellen Mittel bei der Opferhilfe und beim Frauenhaus (Staatsbeiträge). Für Massnahmen im Zuständigkeitsbereich der Koordinationsstelle sind im Budget 2026 wie bisher Mittel in der Höhe von CHF 110'000 vorgesehen. Darin enthalten sind auch die Arbeiten zur Entwicklung des Aktionsplans. Erst mit dessen Finalisierung können die finanziellen Auswirkungen einer verstärkten Umsetzung der Istanbul-Konvention im Detail abgeschätzt werden. Diese werden in der Budgetbotschaft 2027 zu erläutern sein.»⁷

⁴ Siehe <https://ohsg.ch/ueber-uns/>.

⁵ Siehe <https://www.h-och.ch/rechtsmedizin/fachbereiche/soforthilfe-nach-sexualisierter-gewalt/>.

⁶ Siehe <https://www.frauenhaus-stgallen.ch/stiftung>.

⁷ Siehe [Antwort der Regierung](#) vom 17. September 2025 auf die dringliche Interpellation «Rekordzahlen bei den Femiziden: Wie gut schützt der Kanton St.Gallen Frauen vor häuslicher und sexueller Gewalt?».

5. *Gibt es Präventions- und Unterstützungsangebote für Tatpersonen und mögliche Tatpersonen? Falls nicht, ist der Stadtrat bereit, solche einzuführen?*

Der Kanton St.Gallen verfügt im Amt für Justizvollzug über die Beratungsstelle Häusliche Gewalt für gewaltausübende Personen. Die Bewährungshilfe St.Gallen bietet ein kognitiv-verhaltensorientiertes Lernprogramm für gewaltausübende Personen in sechs Modulen an. Die Fachstelle KONFLIKT.GEWALT.⁸ bietet Beratung und Therapie für Menschen, die Schwierigkeiten haben, Aggressionen zu kontrollieren oder Konflikte gewaltfrei zu lösen. Im Bedrohungs- und Risikomanagement dient die Gefährderansprache als Instrument, um Personen, bei denen aufgrund ihres Verhaltens oder ihrer Äusserungen eine erhebliche Gefährdung der physischen, psychischen oder sexuellen Integrität von anderen Menschen besteht, auf ihr Verhalten anzusprechen, sachbezogen zu befragen und über das gesetzeskonforme Verhalten sowie die Folgen von Verstössen gegen die Rechtsordnung zu informieren.⁹ Falls es zu einer strafrechtlichen Verurteilung einer Tatperson kommt, werden zudem therapeutische Massnahmen angeordnet, sofern die Voraussetzungen erfüllt sind.

6. *Gibt es Gewaltpräventionsprogramme in den Volksschulen? Falls nicht, ist der Stadtrat bereit, solche einzuführen?*

Der Stadtrat misst dem respektvollen und gewaltfreien Umgang an den Volksschulen der Stadt St.Gallen eine hohe Bedeutung bei. Die Förderung sozialer Kompetenzen, der konstruktive Umgang mit Konflikten sowie die Prävention von Gewalt sind fester Bestandteil des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrags. In den städtischen Volksschulen bestehen bereits verschiedene präventive Ansätze und Massnahmen. Dazu gehören unter anderem verbindliche Schul- und Klassenregeln, Programme zur Förderung sozialer und emotionaler Kompetenzen sowie die Thematisierung von Konfliktlösung, Respekt und Zivilcourage im Unterricht. Diese Inhalte werden altersgerecht und regelmässig behandelt und sind im Lehrplan verankert. Zudem stehen den Schulen bei Bedarf externe Fachstellen beratend zur Seite. Der Stadtrat erachtet es als sinnvoll, Gewaltprävention nicht ausschliesslich über ein einzelnes standardisiertes Programm zu regeln, sondern als kontinuierliche Querschnittsaufgabe, die im Schulalltag gelebt wird und auf die jeweilige Situation der Schule abgestimmt ist. Damit wird Gewaltprävention Teil der gelebten Schulhauskultur.

Zur Unterstützung der verantwortlichen Personen ist ein Schutzkonzept zur Prävention von Grenzverletzungen in den Schulen etabliert. Darin sind die entsprechenden Standards festgehalten und ist das Vorgehen bei Kenntnis oder Verdacht auf Grenzverletzungen beschrieben. In Ergänzung dazu erarbeitet zurzeit eine Arbeitsgruppe der Schulleitungen ein Gewaltpräventionskonzept für die Schulen der Stadt St.Gallen, welches die wesentlichen Aspekte in der Gewaltprävention z.H. der Schulen zusammenfasst. Das Gewaltpräventionskonzept wird im laufenden Kalenderjahr durch die Dienststelle verabschiedet und online zur Verfügung gestellt.

⁸ <https://www.konflikt-gewalt.ch/>.

⁹ Vgl. Art. 27^{quater} Polizeigesetz (sGS 451.1).

Die Stadtpräsidentin:
Maria Pappa

Der Stadtschreiber:
Manfred Linke

Beilage:

- Interpellation vom 25. November 2025